

Nein zu Lohndumping und Sozialabbau!

Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KAI
 Kaiserstraße 14/11, A-1070 Wien
 Tel. 01/524 63 10 Fax 01/524 63
 E-Mail: slp@genx.at

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Semperit Traiskirchen, Internorm, Wiener Verlag, ATB Flender und Steyr Antriebstechnik - Während Österreichs Manager 1995 einen Einkommenszuwachs von satten 13 Prozent hatten, werden immer mehr Belegschaften mit Nulllohnrunden und sogar Lohnkürzungen beglückt. Bei der Steyr-Antriebstechnik (SAT) einigten sich gar der Betriebsratsvorsitzende, der MBE-Landessekretär und MBE-Vorsitzender Rudolf Nürnberger auf eine zehnprozentige Lohnkürzung für die SAT-Beschäftigten als Alternative zu der vom Vorstand angepeilten Einsparung von 153 Millionen Schilling Personalkosten.

Peter Haumer
 (Betriebsrat/Bereich MBE)

Immer öfter sehen wir, daß die Gewerkschaftsführung den Kapitalisten die Mauer macht bei Lohnreduktionen und Arbeitszeitflexibilisierung. Dies geschieht im Namen der Standortsicherung. Die SPÖ- und ÖGB-Spitze übernehmen damit die Spielregeln des kapitalistischen Konkurrenzkampfes als Grundlage ihrer angeblich „arbeitsplatzsichernden“ Politik. Damit spielen sie aber - entgegen allen Beteuerungen - fleißig mit

blieren sollte. Schon in der Vergangenheit machten Unternehmer klar, was sie damit meinten: Aufweichung von flächendeckenden Kollektivverträgen, Ausnahmeregelungen und innerbetrieblicher Sozialabbau. Mitterbauer erteilt damit aber auch den Wünschen seines Vize, Hellmuth Longin, der eine dreijährige Nulllohnrunde forderte, eine berechenbare Absage. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Mitterbauer sich nicht auch einen dreijährigen Lohnstop wünschen würde. Aber alleine die Gefahr einer sozialen Explosion wäre zu groß, um daran gegenwärtig

weitere Gedanken verschwenden zu wollen. Weiters könnte die Gewerkschaftsführung nicht so ohne weiteres mitziehen, auch wenn sie willt ist, „alles für die Arbeitsplätze“ zu machen falls notwendig auch einen dreijährigen Lohnstop. Aber die Mitgliedschaft würde dies voraussichtlich nicht akzeptieren. Ein gewaltiger Lösungsprozeß von der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung wäre nicht auszuschließen.

Lohnnebenkosten senken?

Also muß alles so weiter laufen, wie es Kapital und Gewerkschaftsführung ohnehin schon praktizieren, nur noch intensiver, noch breitflächiger: Lohnreduktionen, Arbeitszeitflexibilisierungen und Arbeitsintensivierungen auf innerbetrieblicher Ebene eta-



Immer mehr sind von Arbeitslosigkeit betroffen - Arbeitslosigkeit wird zum Massenproblem

federführender Mitwirkung der Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaftsverantwortlichen! Doch bei den Lohnnebenkosten will Mitterbauer zentral den Hebel ansetzen. Klar, weil es dezentral nicht geht. Die Lohnnebenkosten will er stabilisieren und in Folge senken. Doch für die Wirtschaft gehören Sonderzahlungen wie 13. und 14. Monatsbezug, Krankengeld usw. ebenfalls zu den Lohnnebenkosten. Wenn die Wirtschaft also von Senkung der Lohnnebenkosten redet, dann planen sie wieder einmal einen Raubzug gegen den 13. und 14. Monatsbezug, das Krankengeld usw. Dieser Raubzug ist aber nicht so ohne weiteres erfolgreich zu Ende zu führen. Dazu wird die „kreative Allianz für Österreich“ gebraucht. „Wir müssen versuchen die Arbeitnehmervertreter ins Boot zu nehmen und gemeinsam zu agieren“, erklärt Mitterbauer, denn nur so können die Wettbewerbsfähigkeit gewahrt und damit längerfristig wieder Arbeitsplätze geschaffen werden.

Arbeitszeitverkürzung!

Von Arbeitszeitverkürzung will der Industrie-Präsident nichts wissen, denn „die Arbeit ist als solche vergrößbar, der Kuchen muß nicht neu verteilt werden“. Ist auch logisch, denn wenn der Standort Österreich interna-

tional konkurrenzfähig geworden ist, heißt dies, daß viele andere Länder niederkonkurriert werden sind, und die Arbeitslosigkeit dorthin exportiert werden kann. Die Lohnarbeit in Österreich hätte sich dann, aufgrund des hier betriebenen Lohn- und Sozialdumping, vergrößert, und damit in vielen anderen Ländern abgenommen. Das Gesamtvolumen an Lohnarbeit wächst nämlich schon längst nicht mehr. Hingegen wächst die Arbeitslosigkeit, selbst in Zeiten des

Wirtschaftsaufschwunges. Auf nationalstaatlicher Ebene, entlang des Standort- und Konkurrenzdenkens, kann es daher keine wirksame Lösung geben! Nur durch die internationale Zusammenarbeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Standort- und Konkurrenzlogik und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust sind daher auch dauerhaft neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen!

- ⌚ Sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!
- ⌚ Mindestlohn von öS 13.000.- netto!
- ⌚ Nein zum gegeneinander Ausspielen von Arbeitnehmerinnen!
- ⌚ Internationale gewerkschaftliche Aktionen!

Der Standpunkt:

Freier Wettbewerb im Kapitalismus am Beispiel des Mediaprintkonzerns:

- 1) Vielfalt: Mediaprintprodukte (Krone, Kurier, ...) erreichen mehr als 75 Prozent aller Österreicher über dem vierzehnten Lebensjahr.
- 2) Wettbewerb: Die Dichte der Konzentration ermöglicht ein Zustellungs- und Anzeigenpreis, mit welchen jedem verbliebenen Konkurrenten die Luft abdrehen werden kann (behobelt ist das „Power-Pack“ - gleichlautende Anzeigen werden zum Spezialtarif in Krone und Kurier geschaltet).
- 3) Fairness: Solche Punkte zwei nicht ausreichen, werden unliebsame kleinere Konkurrenten mit Klagen eingedeckt - wie jüngst beim „Falter“ geschahen. Oder man setzt solange gegen linke Medien, bis diese im Gegensatz zur Kronenzeitung - ihre Presseförderung verlieren.
- 4) Gleichheit: Der Arm des Konzerns ist offensichtlich lang. So lang, daß ein Brief von Krone Herausgeber Dianch an die Abgeordneten das schafft, was hunderttausende Studenten nicht erreichten - ein Aufschriften des Sparpakts. Die Koalition beschloß - quasi exklusiv für die Mediaprint - eine Ausnahmeregelung für Zeitungskolporteur bei den neuen Bestimmungen für Werkverträge. Das erspart der Mediaprint rund 70 Millionen pro Jahr.
- 5) Perspektive: Mit dem vielen Geld kann die Mediaprint dann auch flugs in die „Zukunftsberichte“ einsteigen. Ob „Handics“ (O-Call-Netz) oder Privatrundfunk „KrokoWaz“ ist immer dabei.



von
John Evers

Trotz Einem: Alles beim Alten

Vor nunmehr drei Jahren beschloß die SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung die schärfsten Ausländergesetze Europas. Von der freiheitlichen Partei vor sich hergetrieben und unfähig, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, suchte die Regierung wieder einmal die Lösung über den „einfacheren“ Weg, und verabschiedete menschenverachtende Gesetze.

Karin Wottawa,
JRE-Bundesverantwortliche

unbegündet“ gestellt wurde, wird die betreffende Person sofort zurückgewiesen.

Weiters wird eine generelle Ausweispflicht für alle in Österreich lebenden Ausländerinnen und Ausländer eingeführt (alte Forderung der Freiheitlichen).

Bei jeder gestatteten Einreise verhindert sich die Qua automatisch um vier Personen (dafür gibt es ab jetzt das Recht, die Familie mitzunehmen). Eine Politik, mit der sie schon in der Vergangenheit mehr als einmal erst recht die Leute den Freiheitlichen in die Arme getrieben hat.

Kurzum, die Gesetzesnovellen von 1996 überflügeln, trotz einiger Erleichterungen (tatsächlich nur die Angleichung an die Menschenrechtskonvention), die bis jetzt gültigen Bestimmungen in ihrer Schärfe.

Die massivsten Änderungen betreffen das Asylgesetz. Auch aber das Ausländerbeschäftigung- und Aufenthaltsgesetz sind mit groben Ver schlechterungen gespickt.

Zu den Gesetzesnovellierungen in einzelnen (nur auszugsweise):

Die bisherige Freiheit bei illegalen Land eingerichteten Asylberen bewilligt. Die neue Regelung sieht vor, daß die Menschen, die aus ihren Land flüchten mußten und in Österreich um Asyl ansuchen wollen, dies bereits an der Grenze tun müssen. Gleich vor Ort soll dann entschieden werden, ob die Einreise nach Österreich erlaubt wird oder nicht.

Wenn nach Meinung der Behörden „Sicherheit im Drittland“ vorliegt (z.B. auch in der Türkei oder im Iran) oder der Asylantrag „offensichtlich



Ein neuer Eisenier Vorhang wird errichtet

verlautbar), daß sie prinzipiell „eh“ für Integration sind, aber „Familienzusammenführung kein Menschensechzehnt“ ist. Haider hat angekündigt neuerlich ein Anti-Ausländerbegrenzen in die Wege leiten zu wollen.

1993 erhielt die Haider-FPÖ durch die erfolgreiche Gegenimmobilisierung von hunderttausenden Menschen ihre ersten politisch wichtigen Niederlage: Nur

400.000 unterschrieben die rassistischen Aufrufe der F. Es ist zu befürchten, daß im Gegensatz zu damals, vor allem SPÖ und Gewerkschaftsspitze, ein derartiges „Volksbegehr“ als ungünstig abtun. Das wäre besonders fatal, weil Haider sein neues Begehen mit einem Aufruf zum Gewerkschaftsausstieg verbinden will.

Der ÖGB betreibe nämlich, so Haider, eine zu ausländerfeindliche Politik. Gegen einen derartigen Frontalangriff muß die Gewerkschaft eine breite Gegenkampagne organisieren. Ob der Kampf gegen die Zerschaltung des ÖGBs, oder ausländerfeindliche Politik - hier geht es um elementare gewerkschaftliche Interessen.

Neues F-Begehen

Trotz der neuerlichen Verschärfung der Ausländergesetze macht Jörg Haider Panik. Angeblich drohe eine „neue Ausländerfront“. Doch nicht nur solche Falschmeldungen gehörten zu früheren Politik. F-Spitzenchef Pawlikovic sind sich nicht zu blöd um einen Kündigungsschein, der überlegt wird auch die Schließung von 800 der 2300 Postämtern.

In Salzburg sind 200 im Fenneldeberich vom Abbau bedroht, weil das Salzburger Fenneldeberichtsbüro in die Postdirektion Linz abwandern soll.

1994 unterschrieben noch 730.000 gegen die Privatisierung der Post auf eine Unterschriftenliste der Postgewerkschaft. Was heißt von dieser verschwiegene wird. Im Februar war der Unmut über das Beamtensparpaket noch so groß, daß die Gewerkschaft sich veranlaßt sah, einen

Postprivatisierung: Flexible Arbeitszeiten: „Jetzt gehts los“

Wie im Regierungsbereich steht, soll die Post an die Börse. Die neue Postbeteiligungsgesellschaft - die Muttergesellschaft der neuen Post und Telekom AG (PTAG) - wird bezeichneten von den ÖIAG-Managern Karl Hollweger und Erich Becker genannte werden. Die Post geht also einem „VOEST-Schicksal“ entgegen.

Streittag für den 29.2. auszurufen.

Dieser wurde aber „rechzeitig“ wie abgeblasen. Man wolle sich das

von Michael Gehrmacher

SOV-Gewerkschaftssprecher

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Die Gewerkschaft sollte sich an den deutschen Kollegen ein Vorbild nehmen



Gesprächsklima mit der Regierung nicht verschärfern und ein besseres Botschaftsrecht für die Post zu erhalten. Die Postgewerkschaft ist eine interne Chancen, verhindern, daß die Mitglieder im Winter durch „Zwangsurlaub“ zwei beschäftigungslose Wochen überbrückt werden. Dies hätte für die Arbeitnehmer Einkommensinbullen zur Folge.

Weiteren haben sich Gewerkschaft und Bauwirtschaftsbofen auf ein Bauarbeitergesetz geeinigt. Im Sommer wird jetzt eine Wochenarbeitszeit von 45 Stunden zugelassen. Im Winter wollen die Unternehmer zweie weite Wochen an Beschäftigung durch „obligatorischen Urlaubskonsult“ hereinbringen. Die Nichtauszahlung der Überstundenzuschläge im Sommer bedeutet einen Einkommensverlust bis zu 85.000,- Baurbeiter Jahr.

Besonders interessante Vorschläge kommen von Richard Klein (IBM-Europa). Er fordert die völlige Aufhebung aller gesetzlichen Arbeitszeitmodelle aushandeln dürfen. Gesprächsklima mit der Regierung nicht verschärfern und ein besseres Botschaftsrecht für die Post zu erhalten. Die Postgewerkschaft ist eine interne Chancen, verhindern, daß die Mitglieder im Winter durch „Zwangsurlaub“ zwei beschäftigungslose Wochen überbrückt werden. Dies hätte für die Arbeitnehmer Einkommensinbullen zur Folge.

Weiteren haben sich Gewerkschaft und Bauwirtschaftsbofen auf ein Bauarbeitergesetz geeinigt. Im Sommer wird jetzt eine Wochenarbeitszeit von 45 Stunden zugelassen. Im Winter wollen die Unternehmer zweie weite Wochen an Beschäftigung durch „obligatorischen Urlaubskonsult“ hereinbringen. Die Nichtauszahlung der Überstundenzuschläge im Sommer bedeutet einen Einkommensverlust bis zu 85.000,- Baurbeiter Jahr.

Besonders interessante Vorschläge kommen von Richard Klein (IBM-Europa). Er fordert die völlige Aufhebung aller gesetzlichen Arbeitszeitmodelle aushandeln dürfen.

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehreren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die best

ste Basis

Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unternehmern wieder zurückgewichen

Ein schwächer Betriebsrat hätte dann für die betroffenen Kolleginnen schlummern Folgen.

Kulani zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Landesöffentlichen

Arbeitszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeitmodelle wie bisher arbeiten.

Neu eingetretene Kolleginnen müssen sich dann allerdings mit den

hebungen gesetzlicher Überstundenschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochspezialisierte Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehr

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue **VORWÄRTS** kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue **VORWÄRTS** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein **VORWÄRTS**-ABO für:
- 5 Nummern zu 85,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 85,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 85,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 85,- (inkl. Porto)

Ein **VORWÄRTS**-FÖRDER-ABO für:

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von **VORWÄRTS** und möchte:

- Ich möchte bei **VORWÄRTS** mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS** zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Brochüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Ich möchte bei **VORWÄRTS** mitmachen. Ich möchte Mitglied der Sozialistischen Offizielle **VORWÄRTS** werden.

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug, da ist es nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustrie und Großgrundbesitzern!

Sozifische Einführung eines Mindestlohns, der nicht leer ist.

Kampf der Arbeitslosigkeit durch sozifische Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.

Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.

Nein zur Wissensnot! Enteignung der Spezialitäten!

Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Versucher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Okos“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen!

Wir kämpfen für die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen!

Schulz mit der doppelten und dreckigen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

Entslossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Der Kampf dass aus- und inländische Arbeitsmarktmachern und Gewerke gemeinsam führen. Aufbau und Anerkennung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller in Österreich lebenden Volksgruppen und einzelner Minderheiten. Das geht besonders darum auf innerstaatliche Entscheidungs- und Mitspracherechte im Vertrags- und Bildungsbereich.

Wohle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Biisexuelle! Abschaffung aller diskriminierender Paragraphen.

Für echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

Nein zu kapitalistischen EU-Sozialministern auf gleichberechtigter, demokratischer Basis!

Für den Aufbau einer Bewegung links von SPÖ und Grünen. Wir wollen eine breite Linke Opposition, eine echte Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in den Gewerkschaften, Betrieben und Schulen mit dabei! Dazu soll die Grundung der Sozialdemokratische Offensive (SOW) ein Beitrag sein.

Für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeitnehmerInnenbewegung!

Eine Revolution ist nötig! Lediglich ein paar Reformen können keine grundlegende soziale Verhältnisse herstellen. Die ArbeitnehmerInnen und die Jugend müssen für einen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

JETZT AKTIV WERDEN!

Kampffonds aktuell



44,02%

von Sonja Grusch

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtbudgets angezeigt, den wir erzielt haben.

Gesamtbudget: 65 120.000,- von Mai bis August '96.

Mai '96: 176% erreicht!

Besondere Zeitungsverkauf: Am 1. Mai und 600 Stück

Spende: Auf der Gründungskonferenz ös 22.596,- in bar, davon ös 5000,- von einem jungen Angestellten.

Infos unter:

0222/ 59 70 432

oder: PF 2, 1082 Wien

PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Ab wann darf wer was? Große Diskussion um sexuelles Schutzalter

Die Diskussion um den diskriminierenden Homosexuellen-§ 209 scheint an einem neuen Höhepunkt angelangt. Dieser Paragraph verbietet den sexuellen Verkehr zwischen einem über 18- und einem unter 18-jährigen Mann.

von Nicole Huy-Preich
Ortsgruppe Wien Süd

Während Grüne, LIF und SPÖ eine Abschaffung des §209 fordern, wollte die ÖVP die Erhöhung des „Schutzalters“ bei Mädchen von 14 auf 16 Jahre sowohl für hetero- als auch für homosexuellen Verkehr, um so eine „Anlehnung“ zu erreichen. Die konservative Regierung in Deutschland hat diesen Schritt bereits unternommen und das sexuelle „Schutzalter“ von Mädchen auf 16 Jahre erhöht, was zu einer Reihe von Problemen führte. Mit einem Schlag wurde gegen tausende Männer Anzeige erstattet, die ebenso viele Mädchen unter 16 zum Zeitpunkt der Gesetzesentwurf schwanger waren. Das führte wiederum dazu, daß viele Mädchen den Kindesvater

nicht mehr angeben und damit gewisse finanzielle Unterstützungen nicht in Anspruch nehmen können, die an die Angabe des Vaters gekoppelt sind. Solche Schritte in Richtung Kriminalisierung würden zu keiner Einschränkung von Mißbrauch führen, sondern nur zu einer weiteren Tabuisierung von Sexualität. Auswirkungen wären z. B., daß Schulärzte in Hauptschulen keine Kondome mehr ausgeben dürften. In Zeiten von AIDS wohl einer der „brillantesten“ Vorschläge. Dieses Thema ist der ÖVP dann doch zu heilig geworden. Bei einer Tagung beschlossen sie dann lediglich das „Schutzalter“ für Mädchen in lesbischen Beziehungen auf 16 Jahre zu erhöhen. Das Schutzalter für Heterosexuelle soll weiter 14 Jahre bleiben. Die „Plattform gegen §209“ befürchtet vor allem, daß durch diesen § ein Abdriften von Ho-

moxyen in den Untergrund begünstigt werde. Die Coming-out-Probleme von Jugendlichen würden verstärkt. Das Drängen in die Illegalität wäre auch dem Informationsstand in Sachen AIDS nicht gerade zuträglich. Bleibt zu hoffen, daß dieses Überbleibsel aus dem sexuellen Mittelalter endlich aus dem Gesetzestext gestrichen wird.

Wann war sein „Erstes Mal“?

Otto Kucera
Ortsgruppe Wien-Nord

Diese Beurteilungen sind natürlich völlig subjektiv und können nur die Meinung des Lehrers widerspiegeln. Schönschreiben, Auswendiglernen, Bravsein... ist die Grundlage der Beurteilung. Dinge wie soziales Verhalten, Förderung von Eigenständigkeit, etc. sind weniger gefragt. Man beginnt also schon von Anfang an für Noten zu lernen, dabei entfremdet man von der Lernpraxis so stark, daß das Lernen keinen Spaß mehr macht. Dabei ist der Mensch von Natur aus sicher kein „Jenfalenus“-Wesen - man braucht sich nur von der Entfremdung der Arbeit. Also kann das Schulsystem allein nicht geändert werden, sondern es bedarf eines neuen solidarischen, also sozialistischen Systems.

1,2,3,4,5 Hurra die Noten sind da!

Wir lernen nicht für die Schule sondern für das Leben - im Kapitalismus. Schon als 6-jähriges Kind wird man in der Volksschule darauf hingetrimmt, für Tests oder Schularbeiten Stern-der, Donald Duck-Stempel oder eben Noten zu bekommen.

von Nicole Huy-Preich
Ortsgruppe Wien-Nord

mitteilen können, Noten als Druckmittel mißbrauchen, damit sich die Schüler das Wissen durch stures „Pauken“ eingeprägen. Dieses Schulsystem fördert das, was man später im Leben noch brauchen wird: Egoismus und Elitengesinntheit. Natürlich könnte man das ändern und die Noten abschaffen und sich auf vernünftigem Weg Wissen aneignen. Aber spätestens dann, wenn man arbeiten geht, wird man vor der Kopf gestoßen, denn da arbeitet man für den Unternehmer, der von deiner Arbeit profitiert und dir nur einen Lohn auszahlt. Karl Marx sprach hier auch von der Entfremdung der Arbeit. Also kann das Schulsystem allein nicht geändert werden, sondern es bedarf eines neuen solidarischen, also sozialistischen Systems.

Seite 6

Wichtige Termine

- 6.: 1. Teil Schwerpunktthema: „Frauenunterdrückung“ Ortsgruppe Oberösterreich
- 2. 6.: „Arbeitslosigkeit“ Ortsgruppe Wien Mitte
- 2. 6.: „Einführung in die Marxistische Philosophie“ Ortsgruppe Wien Süd
- 3. 6.: „Gen oder eingehen - Diskussion zur Gentechnik“ Ortsgruppe Niederösterreich
- 1. 6.: „Medienvolksbegehren“ Gewerkschaftsamtstämmig mit Franz C. Bauer (Journalistengewerkschaft)
- 1. 6.: „Politische Situation in Iran“ Ortsgruppe Wien Nord
- 2. 6.: 2. Teil Schwerpunktthema: „Frauenunterdrückung“ Ortsgruppe Oberösterreich
- 4. 6.: „Sozialabbau - Frauen zurück an den Herd?“ Ortsgruppe Wien Ost.

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit diskutieren? Dann komm in einer der Ortsgruppen der SOW.

Oder ruf uns an:
0222/597 0432

Wien

Ortsgruppe Wien Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr Ameringhaus 7, Stiftg. 8

Ortsgruppe Wien Süd: jeden Mittwoch 19 Uhr Jugendzentrum 5, Grünwaldg. 4

Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19 Uhr Club International 16, Payerg. 14

Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19 Uhr Cafè Spectrum 2, Ameinhofg. 8

Ortsgruppe Wien Ost: jeden Montag 19 Uhr 3, Lechnerstraße 2-4

Gewerkschaftsamtstämmig jeden 2., 3., 4., Mittwoch 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg

Oberösterreich

jeden Samstag 16 Uhr Stadtheissl Kaiser Josef Platz/Wels

Niederösterreich

jeden Donnerstag 18.30 „Orient Grill“ Kollontischgasse 2, Neustadt

Infos unter:
0222/ 59 70 432

oder: PF 2, 1082 Wien

PSK 8812.733

Wahlen in Tschechien

Die konservative Regierungskoalition hat bei den Wahlen in Tschechien ihre Mehrheit verloren. Ministerpräsident Klaus hat damit, trotz des massiven westlichen Lobs für das „Musterreformland“, die Absage für sein Konzept „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ erhalten. Obwohl in Tschechien die Arbeitslosigkeit unter drei Prozent liegt, bedeutet die Kürzung im Sozialbereich für viele Arbeitnehmer und Pensionisten den Abstieg Richtung Armut. Wahlgewinner sind die SozialdemokratInnen, die ihren Mandatstand vervierfacht haben. Klaus' Partei ODS an zweiter Stelle liegen. Auch eine deutliche Polarisierung hat stattgefunden. Die Kommunistische Partei ist mit rund 10 Prozent drittstärkste Partei. Die rechtsextremen Republikaner erhalten nur 9 Prozent.

Streikwelle in Deutschland

Mit ihrem Sparpaket hat die Kohl-Borsig-Regierung deutlich gemacht, daß die Zeiten der „Sozialpartnerland“ vorbei sind. Regierung und Kapital legen keinen Wert mehr darauf, die Gewerkschaften in Gespräche über Sozialabbau einzubeziehen und auf die Rücksicht zu nehmen. Das Sparpaket sieht vor, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die 1957 in einem 13-wöchigen Streik von den Metallarbeitern erlangt wurde, auf 80 Prozent zu kürzen. Außerdem sollen Krankengeld und Kuren gekürzt werden. Frauen sollen bis 65 arbeiten und Studierende Rentenversicherungsbeiträge zahlen. Dieses Paket wurde den Gewerkschaftsführern Ende April präsentiert. Finanzminister Waigel (CSU) machte deutlich, daß die Regierung keinen Bedarf an Diskussionen hat. Die DGB-Spitze war geschockt und hoffte noch immer auf einen gemäßigteren Sozialabbau als die Bündnis für Arbeit.

Generalstreik in Paraguay

Aufang Mai fand im lateinamerikanischen Staat Paraguay ein 48-stündiger Generalstreik statt. Gefordert

wurde 31% Lohn erhöhung, bessere soziale Versorgung, sowie ein Priviligerungsstop.

Hauptziel des Streiks war

die Kürzung der Arbeitszeit.

Streikwelle in Deutschland

Mit ihrem Sparpaket hat die Kohl-Borsig-Regierung deutlich gemacht, daß die Zeiten der „Sozialpartnerland“ vorbei sind. Regierung und Kapital legen keinen Wert mehr darauf, die Gewerkschaften in Gespräche über Sozialabbau einzubeziehen und auf die Rücksicht zu nehmen. Das Sparpaket sieht vor, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die 1957 in einem 13-wöchigen Streik von den Metallarbeitern erlangt wurde, auf 80 Prozent zu kürzen. Außerdem sollen Krankengeld und Kuren gekürzt werden. Frauen sollen bis 65 arbeiten und Studierende Rentenversicherungsbeiträge zahlen. Dieses Paket wurde den Gewerkschaftsführern Ende April präsentiert. Finanzminister Waigel (CSU) machte deutlich, daß die Regierung keinen Bedarf an Diskussionen hat. Die DGB-Spitze war geschockt und hoffte noch immer auf einen gemäßigteren Sozialabbau als die Bündnis für Arbeit.

Generalstreik in Irland

Am 15. Juni fand ein Generalstreik

in Irland statt.

Die Gewerkschaften

und die Gewerkschaften

Seite 7

Internationales

VORWÄRTS

Pakistan - Aufbegehr der Armen

Im 150 Millionen Staat Pakistan existiert eine immer stärker

werdeende sozialistische Organisation: Dejjodjat Ingiladi Tehrik (JIT).

Während die von der Pakistanischen Volkspartei (PPP)

geförderte Regierung, in die viele - auch Arbeiter und Bauern - Hoffnung gesetzt hatten, nun einen Privatisierungskurs führt, ist

die JIT eine jener Organisationen, die sich um die Belange der

Armen in diesem Land kümmert. JIT ist die pakistansche Schwerpunktorganisation der Sozialistischen Offensive VORWÄRTS.

Zusätzlich dazu, die uns dienstester

Metalle errichten, Verknüpft mit der Kapitalisierung

Wirtschaftsreformen, die die Bevölkerung

verschärft.

von Sonja Grusch

Pakistan ist, trotz eines erwarteten

Wirtschaftswachstums von 6% für

1996, ein Land mit enormer Armut.

Jeder Dritte hat nicht genug zu

leben. Ein Drittel der Bevölkerung

leidet unter Hunger, 20 Millionen sterben

jährlich an Hunger und Krankheit.

Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

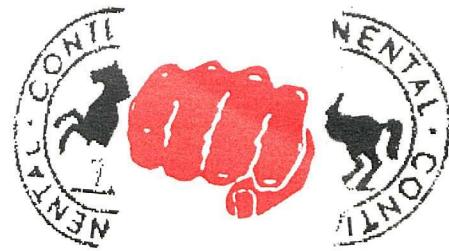
sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen Schicht, die unter der Armut

leidet. Die Bevölkerung ist in der untersten

sozialen



Semperit:

Arbeitnehmer zahlen drauf!

Nach den Ereignissen rund um die drohende Auslagerung der SEMPERIT-PKW-Reifenproduktion nach Tschechien (siehe VORWÄRTS Nr. 64, Mai 96), berichten wir über die weitere Situation in Traiskirchen.

von M.B.,
ehemaliger
Semperit-Angestellter

Im April platzte die Bombe: Der Vorstand der deutschen Continental AG plant, die PKW-Reifenproduktion

langfristig das Aus für Traiskirchen bedeutet. Doch nun gibt's Entwarnung. So scheint's.

Betriebsrat als Sparefroh?

Das Werk, so Conti, werde fortbestehen, falls die "notwendigen" 400

Mio. öS an Einsparungen durch SEMPERIT selbst aufgebracht werden. Der Betriebsrat hat ja von Anfang an Bereit-

schafft zum "Einsparen" signalisiert. O-Ton: "Lasst uns selbst Ideen bringen...". Die "Einsparungen" bis-

her: Streichung von Werksbuslinien und der Gratismilch, Zusperren der Verkaufsstandorte Innsbruck, Graz und Linz. Auch vom Verzicht auf das Weihnachtsgeld wurde schon gesprochen. Genauer "studiert" werden müssten noch die Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung; und last but not least: 550 Kündigungen. Bei denen sind sich Betriebsrat und Semperit-Vorstand noch uneinig, ob diese bis zum Jahre 2003 (Betriebsrats-Variante) oder sofort (Vorstands-Variante) ausgesprochen werden. In der Mitte wird man sich wohl treffen.

Statt der Belegschaft reinen Wein einzuschenken, und unverzüglich Kampfmaßnahmen einzuleiten, ist die scheinbar einzige Aufgabe des Betriebsrats, Einsparmöglichkeiten zu suchen - auf dem Rücken der MitarbeiterInnen. Und das, nachdem SEMPERIT 400 Millionen Schilling an Dividende für 1995 an Conti abgeliefert hat. Und Conti auch nach erfolgten Einsparungen keine Standortgarantie abgeben wird.

Conti-Strategie

Semperit ist der eindeutige Rationalisierer der Strategie des Conti-Vorstandes zur Gewinnmaximierung durch drastische Kosteneinsparungen. Der Conti-Vorstand will die Produktion nicht in Billiglohnländer verlagern, weil sie sich die west-europäischen Lohnkosten nicht mehr leisten konnte. Vielmehr ist die Conti gezwungen, so viel als möglich Exportprodukte durch Ausbeutung der Beschäftigten in sog. "Billiglohnländern" herauszuholen, um Investitionen tätigen zu können. Diese Investitionen sind unumgänglich, will man im extremen Konkurrenzkampf, der im Reifengeschäft herrscht, bestehen.

Die Einordnung als rechtsextreme Organisation begründet das DÖW mit dem Selbstverständnis ("Jahnsches Turnen"), den Verbindungen, dem ideologisch fundierten Funktionärskader ("Dietwarte") sowie den ideologisch eindeutig positionierten Publikationen und Organen des ÖTB.

Kein ruhiges Hinterland

Vom 8.7 bis 14.7.96 findet in Krems/Donau das Bundesturnfest des Österreichischen Turnerbundes statt. Wie schon 1986 müssen wir auch diesmal mit einer Woche des Deutschnationalismus und Rassismus rechnen.

Martin R., JRE-Wien Ost

Nicht umsonst wird der ÖTB vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) als "dank ihrer Mitgliederzahl, ihrer organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und ihres Ansehens mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus" eingestuft.



Die Einordnung als rechtsextreme Organisation begründet das DÖW mit dem Selbstverständnis ("Jahnsches Turnen"), den Verbindungen, dem ideologisch fundierten Funktionärskader ("Dietwarte") sowie den ideologisch eindeutig positionierten Publikationen und Organen des ÖTB.

Kein Wunder also, daß 1986 neben harmlosen Sportinteressierten (die den größten Teil der ÖTB-Mit-

Nicht zuschauen, sondern selbst was tun! Ruf an: 0222/ 597 0 432

Chefetage:
Ihre Zukunft ist
nicht in Gefahr



Höhere Kraft?

Die Verantwortung für Massenarbeitslosigkeit und Werksschließungen tragen die Kapitalisten! Die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung muß ihre Funktion wieder darin sehen, die Konkurrenz der Lohnabhängigen durch ihren organisierten Zusammenschluß Stück für Stück aufzuheben.

Solidarität ist daher nicht nur ein moralisches Prinzip, sondern lebensnotwendig. Die Zukunft der Gewerkschaften ist international. Der zunehmenden Globalisierung des Kapitalismus muß eine Strategie entgegengesetzt werden, die nicht auf nationale oder regionale (EU) Abschlüsse, sondern auf die gesamte Welt ausgerichtet ist.

Vor einigen Wochen erst stoppte das europäische Kartellgericht (die EU) eine Annäherung zwischen den "Erfeinden" MICHELIN und Continental. Der Michelin-Konzern ist der weltweit größte Reifenproduzent, Conti belegt Platz vier. Eine Annäherung der beiden Reifengiganten bishin zur Fusion wäre die logische Konsequenz im Reifengeschäft gewesen. In einem der härtest umkämpften Märkte der Welt läßt sich schon seit Jahren der Trend zu immer größeren Zusammenschlüssen, und so zu immer mächtigeren Multis beobachten.

Die Kampf gegen die geplanten 550 Kündigungen wäre der erste Schritt zu Rettung des Traiskirchner Werkes. Nur indem sich die Belegschaft unabhängig vom Conti-Kapital zu definieren beginnt, kann sie dem Werk eine neue Überlebenschance geben.

Eine Zukunftsperspektive kann es nur ohne Conti geben, nicht aber gemeinsam mit dem Multi. Die logische Konsequenz wäre eine Enteignung der Conti. Die von Höger und der Niederösterreichischen SPÖ angekündigte Besetzung des Werkes, um einen Abtransport der Maschinen zu verhindern, bekommt nur so einen Sinn.

Aufgabe der
Gewerkschaft
ist es, den
Kampf zu
organisieren

Der Kampf gegen die geplanten 550 Kündigungen wäre der erste Schritt zu Rettung des Traiskirchner Werkes. Nur indem sich die Belegschaft unabhängig vom Conti-Kapital zu definieren beginnt, kann sie dem Werk eine neue Überlebenschance geben.